

# Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 28. November. (Fortsetzung.)

Den Bericht über die Ausfuhrhandlungen erstattet, zugleich für seinen erkrankten Mitberichtersteller, Abg. Dr. Soelch (Dnt.), der

Abg. Lippmann (Spt.): In der Organisation unserer Volksernährung hat eine Reform an Haupt und Gliedern stattgefunden; an der Spitze des Reichsernährungsamtes steht jetzt eine Persönlichkeit, die über die nötigen Vollmachten verfügt. Diese Zusammenfassung aller Befugnisse in einer Person war durchaus erwünscht. (Zustimmung.) Auch der neue Präsident des Reichsernährungsamtes hat, wie sein Vorgänger, eine Reise nach den süddeutschen Bundesstaaten gemacht. Es hat sich dort ein neues Reservatrecht herausgebildet, das die süddeutschen Bundesstaaten in Bezug auf Gemüse und Obst als geschlossene Wirtschaftsbereiche betrachtet und die Ausfuhr nach Norddeutschland erschwert oder völlig verhindert. Die württembergischen Landwirte mußten gar nicht, wohnen sie mit dem reichen Obst gegen, der im Lande nicht zu verwerten war, aber auch nicht außer Landes gebracht werden konnte. Die Höchstpreise in Süddeutschland waren niedriger als die im Norden, bei Ausfuhr nach Norddeutschland aber wurden die höchsten Preise zugrunde gelegt, was geradezu als Ausfuhrzoll wirken muß. (Hört! hört! und Zustimmung.) Während früher die Kommunalverbände und Kreise für die Aufbringung, Aufbewahrung und Verteilung der vorgezeichneten Mengen verantwortlich waren, sind es jetzt die Gemeinden und Gutsbezirke. Es wird dadurch das Saugrohr für die Aufsaugung der Ernte tiefer herabgeführt.

## Verheimlichte Ernte-Erträge.

Trotz Anwendung aller nur möglichen Mittel ist die objektive Feststellung der Ernteergebnisse nicht zu erreichen, ja in diesem Jahre haben wir uns von diesem Ziele noch weiter entfernt. Die Erhebung hat das Ernteergebnis wesentlich geringer dargestellt, als es in Wahrheit ist. Die Angaben von 50 bis 60 Zentner Kartoffeln pro Morgen können nicht richtig sein nach der Tatsache, daß die Ernte fast durchschnittlich gut war. Unsere Kartoffelanbaufläche ist 1916 von 3,67 Millionen Hektar auf 2,8 Millionen und 1917 weiter auf 2,37 Millionen gewunden, das Ernteertragnis in dieser Zeit von 539 auf 309 Millionen Doppelzentner. (Hört! hört!) Mindestens 1 Million Hektar müßte neu mit Kartoffeln bebaut werden, wenn wir die frühere Anbaufläche wieder erreichen wollen. Der Ausschuß hat sich für Prämienvergütung an solche Landwirte ausgesprochen, die mehr Kartoffeln anbauen. Dabei besteht allerdings das Bedenken, daß diejenigen, die schon bisher so viel Kartoffeln als möglich gebaut haben, keine Prämie bekommen. Bei der Art, wie wir jetzt zu wirtschaften gezwungen sind, kommt es vor, daß nicht immer die lautersten und ehrenwertesten Leute die größten Gewinne machen, aber alles kommt darauf an, aus der Produktion herauszuholen, was herauszuholen ist. (Sehr richtig!)

Die Ernährung des Menschen muß an erster Stelle stehen, niemals darf der Mensch vor dem Vieh zurücktreten. Natürlich muß versucht werden, das Vieh unter allen Umständen durchzuführen. Die Frage ist nur, was an Schlachtvieh und was an Milchvieh durchgehalten werden kann. Unter Umständen kann eine weitere Beschränkung der Fleischration sich als notwendig erweisen. Ein Antrag auf Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund im Frühjahr 1918 ist im Ausschuß abgelehnt worden. Er ist jetzt wieder eingebracht. Der Antrag stützt sich darauf, daß die Brotration vielleicht im Frühjahr wieder gekürzt werden muß. Die Regierung hat sich aber gegen den Antrag ausgesprochen, einmal weil beherrschende Bedenken dagegen sprächen, und sodann, weil dadurch nur trügerische Hoffnungen in der Bevölkerung geweckt würden. Unnötige Transporte von Kartoffeln, wie sie tatsächlich stattgefunden sind, müssen in Zukunft angesichts der Wagennot unbedingt vermieden werden. Wir müssen alles tun, um unsere Verkehrsmittel zu entlasten. Im Ausschuß ist der Wunsch geäußert worden, die Beschränkungen des Jagdbehalters bei der Verwendung der Jagdbeute zu beseitigen und einzelnen Kreisen das Recht zu geben, diese Bundesratsverordnung für sich aufzuheben. Die Mehrheit hat sich diesem Wunsche aber nicht angeschlossen. Die Versorgung mit Eisen hat vollkommen versagt, auch bei der Obstverarbeitung haben sich schwere Mängel ergeben. Insgesamt sind 140 Kriegsgesellschaften an die Stelle des freien Handels getreten. Der Ausschuß war sich einig darin, daß nach Friedensschluß möglichst bald der freie Handel wieder Platz greifen müsse. Aber auch darüber müssen wir uns klar sein, daß noch lange nach Friedensschluß Deutschland von Lebensmittelvorräten entblößt sein wird, denn wir haben im Kriege alles, was wir erzeugt haben, auch verbraucht. Für den Ankauf von Lebensmitteln im Ausland brauchen wir den freien Handel, die S. E. G. würde dabei vollkommen versagen.

## Die Rohstoff-Gewinnung.

Unsere Industrie hat für den Kriegsbedarf Großes geleistet und wir sind ihr dankbar dafür. Aber den Teil der Industrie, der uns im Frieden den Weltmarkt erobert, der die überseeische Ein- und Ausfuhr in dem Jahr vor dem Kriege auf 22 Milliarden gesteigert hat, haben wir nicht mehr, weil es uns auch an Rohstoffen fehlt. Soll die wirtschaftliche Maschine wieder ihre volle Betriebskraft erlangen, so müssen Rohstoffe ins Land geschafft werden.

Die wichtigste Frage ist, wie wir unsere gesamte Volkswirtschaft wieder auf eine lebensfähige Grundlage stellen können. Der alte Zustand vor dem Kriege wird nicht sobald wiederkehren, wir werden noch für gewisse Teile der Erzeugung mit der Zwangswirtschaft weiterarbeiten müssen. Vielleicht werden wir Fleisch und Fett hereinbekommen, aber schwerlich Brotkorn, da es auch in der Welt an Vorräten fehlt. Der Schiffsraum, der uns vor dem Kriege den Weltweizen brachte, kann dann zur Einfuhr industrieller Rohstoffe benutzt werden. Wenn es uns gelingt, unsere Industrie wieder in alter Kraft stehen zu lassen und Lieferant für Uebersee zu werden, dann haben wir den wirtschaftlichen Kampf gewonnen, den England gegen uns vom Jahre 1904 bis zum Jahre 1914 geführt hat. Preußen und Deutschland haben sich schon verschiedentlich großgehungen, und das wird auch nach diesem Kriege der Fall sein. Bis dahin aber wollen wir Erzeuger und Verbraucher vertrauensvoll zusammenarbeiten und es nicht an gutem Willen fehlen lassen, um diesen schweren Winter und das noch schwerere kommende Frühjahr zu überstehen. (Beifall.)

## Staatssekretär v. Waldows Programmrede.

Staatssekretär des Reichsernährungsamtes von Waldow stellt sich dem Hause in dieser Eigenschaft und als preussischer Staatskommissar vor und fährt fort: Dieses Amt, das jetzt wohl zu den undankbarsten Ämtern zählt, habe ich, dem Gebote der Pflicht folgend, übernommen. Was mir an Kräften zur Verfügung steht, werde ich einsehen, um die mir gestellten Aufgaben zu lösen. Ich kann ihnen aber nur gerecht werden, wenn ich nicht allein auf die Unterstützung der Behörden und der mir beigegebenen sachverständigen Beiräte, sondern auf die willige, pflichtbewusste Mitarbeit der Bevölkerung rechnen darf. Als preussischer Staatskommissar lege ich besonderen Wert auf das vertrauensvolle Zusammenarbeiten mit diesem Hause und bitte um Ihre Unterstützung zur Erreichung des großen vaterländischen Zieles, die Ernährung unseres Volkes in diesen schweren Kriegsjahren sicherzustellen. Die heldenmütige Standhaftigkeit und die geldloste Wille des deutschen Volkes, sich in diesem ihm aufgedrungenen Einsatzkampf zu behaupten, gibt mir die

freudige Zuversicht, daß es uns auch fernher gelingen wird, den Aus Hungergefahr unserer Feinde zu machen.

Durch die Neuordnung soll die völlige Einheitlichkeit der Ernährungsmaßnahmen im Reiche und in Preußen und ihre schnellere und leichtere Durchführung gewährleistet werden. Der Wirtschaftsplan für das laufende Jahr ist durch Bundesratsverordnungen festgelegt, und grundsätzliche Änderungen daran sind schon aus verwaltungstechnischen Gründen unmöglich. Daß die zentrale behördliche Bewirtschaftung ihre Schwächen hat, die Preissteigerung und die Gefahr des Verderbens von Vorräten vergrößert, ist nicht zu leugnen. Daher treten immer neue Vorschläge auf, die Organisation zu verbessern und die Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Solange unsere gegenwärtige Absperrung vom Weltmarkt fort dauert, muß an der öffentlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Lebensmittel festgehalten werden, da andererseits Zustände eintreten würden, die die minderbemittelte Bevölkerung von einer ausreichenden Versorgung ausschließen.

Die Bundesratsverordnung vom 9. März hat die Viehpreise gesenkt, die Brotgetreidepreise erhöht, um die für die menschliche Ernährung notwendigen Getreidearten besser zu sichern und der Bevölkerung zu entlasten. Da nun die verbrauchten Mengen an Fleisch erheblich hinter denen an Brotgetreide und Kartoffeln zurückstehen, wird die Verbilligung des Fleisches durch die Verteuerung von Brot und Kartoffeln ausgeglichen, was einen nicht unerheblichen Mehraufwand der Familien bedingt und auf die Ernährung zurückwirkt. Entsprechend einem Reichstagsbeschlusse hat sich das Reichsstatistikamt bereit erklärt, die außerordentlichen verwaltungstechnischen Unkosten der Reichsgetreidestelle auf die Reichskasse zu übernehmen. Hierdurch werden die Mehrkosten beim Mehlpreis von 9 M. auf 4,90 M. herabgedrückt, so daß das Pfund Brot nur um 1 bis 2 Pf. verteuert wird; durch die Uebernahme der Schnelligkeitsprämien für Kartoffeln wird es möglich, auch das Pfund Kartoffeln nur um 1 bis 2 Pf. zu verteuern. Der Reichstagsbeschluss hat auch noch Reichsmittel zur Herabminderung der Lebensmittelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung gewünscht; die Reichsleitung steht dieser Anregung wohlwollend gegenüber, wenn sie ihr auch eine andere Form zu geben genötigt ist.

## Die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaft.

Wir sind nicht ohne Schwierigkeiten in das neue Wirtschaftsjahr eingetreten. Wir haben die Brotration verkürzen müssen und konnten die Kartoffelknappheit nur in sehr ungenügender Weise durch Wunden ausgleichen. Seitdem ist eine wesentliche Erleichterung eingetreten: die Brotration wurde wieder erhöht, und die Kartoffelversorgung ist ausreichend. In diesem Wirtschaftsjahr werden Brot und Kartoffeln die Grundlagen unserer Ernährung bilden. Beim Brotgetreide rechnen wir mit einer knappen Mittelernte. Die Erhebung und Nachprüfung sind allerdings dahinter zurückgeblieben, aber nur wegen der allzu großen Vorsicht, mit der jetzt die Ernte geschätzt und die Statistik des Bodens vorgenommen wird. So ist es gekommen, daß unser Vaterland nicht durch die Gewalt der Waffen, wohl aber durch die Statistik um 5 Prozent seiner Fläche kleiner geworden ist. (Seiterkeit.) Eine Nachprüfung ist eingeleitet. Die Mehlablieferung muß den Landwirten möglichst leicht gemacht werden. Jedenfalls müssen wir sparsam und vorsichtig umgehen. Durch den Frühbruch sind erhebliche Vorräte geschaffen worden: 1 550 000 Tonnen gegen 800 000 Tonnen im Vorjahre sind bereits bei der Reichsgetreidekasse eingegangen. (Bravo!) Unsere Kartoffelernte kann als befriedigend, beinahe als gut bezeichnet werden. Wir rechnen mit 2 1/2 Millionen Tonnen Kartoffeln. (Beifall.) Der begriffliche Wunsch nach Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfd. für die Woche kann leider nicht erfüllt werden. Es wäre ein schwerer Fehler, Versprechungen zu machen, die man nicht halten kann. (Zustimmung.) Wir haben aber Reserven, und bei etwaigen Ernährungsschwierigkeiten sollen den Schwerarbeitern Kartoffelzulagen gewährt werden. Die Lieferungen waren am 10. November bis zu 65 Prozent erfüllt, so daß die Winterernte bedeckung als völlig gesichert gelten kann. Ein solches Ergebnis konnten wir noch in keinem Jahre verzeichnen. Die Versorgung wird sich daher erheblich besser vollziehen, als in früheren Jahren, und manche Belastung wird der Bevölkerung in diesem Winter erspart bleiben.

Besondere Maßnahmen sind aber notwendig, um den Schwerestand zu verringern, damit nicht zu viel verflutet wird. Der wegen der ungenügenden Futterversorgung unvermeidliche Rückgang der Fetterzeugung muß durch Verbesserung der Organisation ausgeglichen werden. Die Belieferung der Bevölkerung mit Brotauftrieb ist gesichert. Die Kohlrüben mußten in öffentlichen Bewirtschaftung genommen werden, um den Bedarf der großen Industriebezirke an Sauerkraut sicherzustellen. Hätte man Obst und Gemüse ganz dem freien Handel überlassen, was an sich besser gewesen wäre, so wären die Lebensmittelverarbeiten nicht in den Besitz der nötigen Mengen gekommen, da die Nachfrage jetzt, wo alle übrigen Nahrungsmittel rationiert sind, so gestiegen ist, daß sie nicht befriedigt werden kann. Nachdem in langwierigen Verhandlungen mit dem Reichsstatistikamt die Kohlenbelieferung der Zuckerraffinerien geregelt worden ist, wird die gleiche Zuckermenge wie früher geliefert werden können. Bei der Preisfestsetzung für das nächste Jahr muß den erhöhten Produktionskosten Rechnung getragen werden.

## Gesunde Preisbildung für Nahrungsmittel.

Voraussetzung für die Sicherstellung unserer Volksernährung, auch beim Uebergang in die Friedenswirtschaft, ist die Vermehrung der Nahrungsmittel, soweit es die Kriegsnöwendigkeiten irgend zulassen. Der Landwirtschaft müssen die nötigen tierischen und menschlichen Arbeitskräfte gelassen werden. Die militärischen Instanzen würdigen voll diesen Gesichtspunkt. Eine gesunde Preisbildung ist für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Erzeugung erforderlich. Dabei muß der Nutzen, den die Landwirtschaft erzielt, in einem erträglichen Verhältnis zur minderbemittelten Bevölkerung stehen. Ich werde baldmöglichst in eine Prüfung der Preisfestsetzung für das nächste Jahr eintreten und erkenne aber nicht, daß ich kaum die reiflose Zustimmung von Verkäufern und Verbrauchern erlangen werde. (Seiterkeit.) Unter Würdigung aller berechtigten Interessen muß ich nach Pflicht und Gewissen meinen Weg gehen und Kritik auf mich nehmen. Auch ich halte eine Vergrößerung der Kartoffelanbaufläche für angebracht. Mit Zwang kann man hier allerdings weder beim Erzeuger noch beim Verbraucher etwas erreichen. Der Bauer muß über die Notwendigkeiten der Kriegswirtschaft aufgeklärt werden.

Manche Einrichtungen werden wir uns noch auferlegen müssen, aber wir reichen mit unseren Lebensmittelvorräten aus, um trotz aller Erschütterungen auch im neuen Wirtschaftsjahr durchzuhalten. (Beifall.) Auch die Bitte um unter täglich Brot wird Erfüllung finden, wenn wir alle unsere Pflicht tun. Ich vertraue dabei auf die Standhaftigkeit und Befonnenheit, die Vaterlandsliebe und das Verantwortlichkeitsgefühl der deutschen Landwirte. Wie unsere Söhne und Brüder draußen im Felde Schulter an Schulter ohne Unterschied des Standes oder Berufes zusammenstehen, so soll auch die Bevölkerung in Stadt und Land zusammenhalten und einander verstehen, Herz und Auge auf den Sieg gerichtet. Das sind wir unseren Helden draußen schuldig. Dann wird das edle deutsche Blut nicht vergebens vergossen sein, dann wird das deutsche Volk die Früchte der Heldentaten seiner Söhne ernten und aus diesem gewaltigen Kampfe trotz der Uebermacht der Feinde siegreich hervorgehen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. d. Osten (Spt.): Ein solcher Appell hilft immer am besten über wirtschaftliche Schwierigkeiten hinweg. In der Tat erreicht man in der Landwirtschaft mit Aufklärung mehr als mit krassem Zwang. Die Förderung der Erzeugung muß an erster Stelle stehen. Erst dann kommt die Verteilung. Wir haben eine knappe Ernte in Brotgetreide, eine sehr knappe Ernte in Futtermitteln und eine befriedigende, vielleicht recht gute Kartoffelernte. Wenn wir durchkommen wollen, müssen wir sparsam wirtschaften. Leider ist das allgemeine Verantwortlichkeitsgefühl stark gesunken. Die Behörden sind daran nicht unschuldig mit ihrer Fülle von Verordnungen. Vieles sind sie gar nicht ausführbar. (Sehr richtig!) Trotzdem macht ein Rundtelegramm der Reichsstatistikstelle den Landwirten ganz allgemein den Vorwurf wissentlicher falscher Angaben. (Hört! hört! rechts.) Die Beamten sollten sich einen solchen Ueberreifer paron (Sehr richtig! rechts), der die Landwirtschaft in ihrer Ehre verletzt. Viele Lieferungsverträge enthalten nur Pflichten für den Käufer, nicht für den Empfänger. Obst und leicht verderbliches Gemüse vertragen keine Zwangsverpflichtung. Eine Erhöhung der Kartoffelration ist unmöglich, sonst muß die Ration später herabgesetzt werden. Das ganze Volk muß das beargwöhnen. Wir müssen angesichts der langen Dauer des Krieges Vorräte schaffen. Soziale Preispolitik kann nur getrieben werden, wenn Vorräte auf die Preise drücken. Niedrige Preise entlasten die Gegenwart, belasten aber die Zukunft. Die Zwangswirtschaft sollte abgeändert werden, dann wird die Erzeugungsfreudigkeit der Landwirte steigen. (Zustimmung rechts.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.